



Statement Guido Beermann

MINISTER FÜR INFRASTRUKTUR UND LANDESPLANUNG DES LANDES BRANDENBURG

Guido Beermann

Foto: MIL/Ines Hasenau



Sehr geehrte Damen und Herren,

Mobilität ist ein Grundbedürfnis und Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Deshalb wollen wir eine umweltgerechte, sichere und hochwertige Mobilität in allen Teilen Brandenburgs gewährleisten. In einem Flächenland wie unserem brauchen wir dafür einen ganzheitlichen Ansatz, in dessen Mittelpunkt die intelligente Vernetzung aller Verkehrsmittel steht. Dies ist auch die Grundlage der Mobilitätsstrategie 2023, die wir im Sommer veröffentlicht haben.

Mit Blick auf die notwendige Verkehrswende wollen wir den ÖPNV und den Nahverkehr stärken. Dazu zählen unter anderem gut getaktete Busverbindungen. Im Zusammenspiel mit anderen Verkehrsträgern haben sie eine wichtige Funktion für die Daseinsvorsorge, insbesondere in ländlichen Regionen.

Das vom Bund angestoßene Deutschlandticket soll mehr Menschen motivieren, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen.

Klar ist dabei: ein deutschlandweit rabattierter Tarif führt zu einem höheren Finanzierungsbedarf. Die Länder haben zugesagt, ihren Beitrag dazu zu leisten. Mehrkosten über die von Bund und Ländern zugesagten 3 Milliarden Euro müssen auch in Zukunft mindestens hälftig durch den Bund abgedeckt werden.

Um weitere Fahrgäste für den klimafreundlichen ÖPNV zu gewinnen, ist aber mehr nötig als ein günstiges Produkt.

Erfolgreich ist das Deutschlandticket vor allem dort, wo ein attraktives ÖPNV-Angebot vorhanden ist. Um dieses zu sichern und auszubauen, muss der Bund seiner verfassungsrechtlich gebotenen Finanzierungsverantwortung gerecht werden und die Regionalisierungsmittel dauerhaft aufsto-

cken. Auch das Land Brandenburg trägt seinen Anteil: 2023 stehen den für den kommunalen ÖPNV im Land zuständigen Aufgabenträgern rund 11 Millionen Euro für Investitionen in Barrierefreiheit, Verkehrswende sowie Klima- und Umweltschutzmaßnahmen zur Verfügung. 2024 werden es rund 21 Millionen Euro sein. Einen Ausgleich für die gestiegenen Energiekosten für 2023 und 2024 erhalten die Verkehrsunternehmen über die kommunalen Aufgabenträger. Dafür sind im Brandenburg-Paket des Landes Mittel in Höhe von 90 Millionen Euro vorgesehen.

Zudem unterstützen wir On-Demand-Verkehre wie Rufbusse finanziell, die gerade in dünn besiedelten Regionen eine sinnvolle Ergänzung zu herkömmlichen ÖPNV-Angeboten sein können. Die Erfolgsgeschichte der Brandenburger PlusBusse schreiben wir mit der Verlängerung der entsprechenden Verwaltungsvorschrift bis Ende 2024 fort.

Um die ambitionierten Klimaziele Deutschlands und Brandenburgs zu erreichen, ist über die Mobilitätswende hinaus auch die Antriebswende von Bedeutung. Das „Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungsgesetz“ gibt verbindliche Mindestziele bei der öffentlichen Auftragsvergabe vor – unter anderem für die Beschaffung emissionsarmer und emissionsfreier Busse im ÖPNV. Um die kommunale Ebene bei dieser Aufgabe finanziell zu unterstützen, arbeiten wir derzeit an einem Förderprogramm, das die Bundesförderung ergänzen soll.

Im Zusammenspiel mit den anderen Verkehrsträgern leistet der Busverkehr einen wichtigen Beitrag zur Mobilität in Brandenburg. Das Land steht auch in Zukunft bereit, die Kommunen und die Branche nach Möglichkeit zu unterstützen.